

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:202715-2021:TEXT:DE:HTML>

Deutschland-Osnabrück: Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen 2021/S 079-202715

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Kinderhospital-Verein zu Osnabrück

Postanschrift: Iburger Str. 187

Ort: Osnabrück

NUTS-Code: DE944 Osnabrück, Kreisfreie Stadt

Postleitzahl: 49082

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Verwaltungsdirektor Herr W. Siemering

E-Mail: info@kinderhospital.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.kinderhospital.de

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y4VDTUN/documents>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

Offizielle Bezeichnung: Kleine + Assoziierte Architekten und Stadtplaner BDA

Postanschrift: Reinholdstr. 17

Ort: Hannover

NUTS-Code: DE929 Region Hannover

Postleitzahl: 30167

Land: Deutschland

Kontaktstelle(n): Frau Scheer

E-Mail: info@kleine-architekten.de

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: www.kleine-architekten.de

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4Y4VDTUN>

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Andere: Kinderhospital-Verein zu Osnabrück

I.5) Haupttätigkeit(en)

Gesundheit

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

- II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**
Erweiterung der kinder- und jugendpsychiatrischen Intensiveinheit – Generalplanung
Referenznummer der Bekanntmachung: 2111
- II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**
71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen
- II.1.3) **Art des Auftrags**
Dienstleistungen
- II.1.4) **Kurze Beschreibung:**
Generalplanung i.S. der Objektplanung und der TGA-Planung (Anlagegruppen 1-5 und 8) sowie Tragwerksplanung + Wärmeschutz für das Projekt "Erweiterung der kinder- und jugendpsychiatrischen Intensiveinheit" des Kinderhospitals Osnabrück am Schölerberg
- II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**
Wert ohne MwSt.: 605 948.63 EUR
- II.1.6) **Angaben zu den Losen**
Aufteilung des Auftrags in Lose: nein
- II.2) **Beschreibung**
- II.2.3) **Erfüllungsort**
NUTS-Code: DE944 Osnabrück, Kreisfreie Stadt
Hauptort der Ausführung:
Kinderhospital Osnabrück am Schölerberg
Iburger Str. 187
49082 Osnabrück
- II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**
Der Verein „Kinderhospital-Verein zu Osnabrück“ ist Träger des Kinderhospitals Osnabrück am Schölerberg als Fachklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, -psychotherapie und -psychosomatik mit bisher 44 stationären Betten und 24 tagesklinische Plätze im Niedersächsischem Krankenhausplan. Mit den Bescheiden vom 12.12.2017 und 18.12.2019 wurde der Versorgungsauftrag um 7 Betten und 7 Plätze auf insgesamt 51 Betten und 31 Plätze erweitert und im Niedersächsischem Krankenhausplan 2020 aufgenommen.
Ziel der Baumaßnahme am Standort in Osnabrück ist, die erforderlichen Flächen für die erweiterte Versorgung mit 7 Betten und 3 Plätzen in deeskalierender Planung/Bauweise bereitzustellen. Die verbleibenden 4 tagesklinischen Plätze werden am Standort in Twistringen untergebracht.
Schwerpunkt der Maßnahme ist die Erweiterung der Intensivüberwachung und Intensivpflege in Form einer neuen Station 5 mit insgesamt 13 aufstellbaren Betten.
Die bisherige Zielplanung (siehe Anlage 1) sieht hierfür überwiegend Flächen im Bestand vor, welche direkt an die bereits vorhandene Station 1 „Intensivpflege“ im Gebäude 6 Untergeschoss angrenzt. Hierdurch können bereits vorhandene Funktionsstellen, wie die Notaufnahme, Bewegungsraum sowie der Außenbereich gemeinsam genutzt werden. Hierzu muss die dort befindliche Station 3 in das Gebäude 1 ins Erdgeschoss u. 1. Obergeschoss (ehem. 5. Bauabschnitt) verlegt werden. Weitere Flächen sind in dem darüberliegenden (Gebäude 6 EG) Sozialpädiatrischem Zentrum (SPZ) erforderlich. Der Träger stellt den mit Eigenmitteln finanzierten Bereich für die Krankenhausnutzung zur Verfügung.
Die BGF des zu bearbeitenden Gebäudes beträgt ca. 1 286 m².
Vorbefasstes Büro: Hüdepohl - Ferner GmbH, Osnabrück.
- II.2.5) **Zuschlagskriterien**
Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Projektteam / Gewichtung: 20

Qualitätskriterium - Name: Projektanalyse / Gewichtung: 40

Qualitätskriterium - Name: Angaben zur Projektabwicklung und zur Qualitätssicherung / Gewichtung: 15

Qualitätskriterium - Name: Gesamtbild der Präsentation / Gewichtung: 10

Kostenkriterium - Name: Vergütung, Honorar (auf alle Leistungen) / Gewichtung: 15

II.2.6) Geschätzter Wert

Wert ohne MwSt.: 605 948.63 EUR

II.2.7) Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 84

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 8

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Die Auswahl der Bewerber erfolgt nach den in den Vergabeunterlagen (vgl. III.1)) aufgeführten

Eignungskriterien und der Prüfung des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen. Anhand der geforderten

Referenzen und deren Wertung (Auswahlkriterien) wird eine Rangfolge festgelegt. Ist die Bewerberzahl nach

dieser objektiven Auswahl entsprechend der zugrunde gelegten Kriterien zu hoch, wird unter den verbleibenden gleichermaßen geeigneten Bewerbern notariell oder durch Rechtsamt gelost.

II.2.10) Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Die Beauftragung erfolgt in 3 Stufen:

— Stufe 1: LPH 1-4,

— Stufe 2: LPH 5-6,

— Stufe 3: LPH 7-9.

Die Weiterbeauftragung steht unter Vorbehalt der Einhaltung des Kostenrahmens und/oder der Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel und/oder eines positiven Gremienbeschlusses.

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben

Es ist von jedem Bewerber bzw. von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft der Teilnahmeantrag

vollständig auszufüllen und gem. den gestellten Anforderungen einzureichen. Es sind zwingend die

Teilnahmeantragsformblätter zu verwenden, welche auf der Plattform zum Downloadbereit stehen. Die

Angebotssprache ist ausschließlich Deutsch. Entsprechend sind alle Nachweise und Erklärungen in deutscher Sprache abzufassen. Anderssprachigen Dokumenten muss eine Übersetzung /Eigenübersetzung beigelegt werden.

Für den fristgerechten Eingang der Teilnahmeanträge ist der Bewerber verantwortlich. Die Einreichung

muss elektronisch in Textform erfolgen. Ein Vertragsentwurf für das genannte Vorhaben liegt den

Bekanntmachungsunterlagen bei oder wird spätestens zur Verhandlungsstufe zur Verfügung gestellt.

Der Vertragsentwurf kann in der Angebotsphase verhandelt werden. Weitere Informationen sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen, welche ebenfalls über die Plattform zum Herunterladen bereitstehen. (Das Dokument „KiHo_OS_Honorar_Generalplanung.xlsx“ dient in der Bewerbungsphase ausschließlich der Information. Erst zur Vergabebehandlung (Stufe II des Verfahrens) ist diese Anlage als Teil des Angebots mit einzureichen.)

Bei einer Bewerbung als Bietergemeinschaft sind die Anlagen 1 + 2 zum Teilnahmeantrag, (Anlage 1 – Bewerber-/Bietergemeinschaft, Anlage 2 – Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen), für jedes Mitglied auszufüllen und beizulegen. Von der Teilnahme ausgeschlossen sind/werden Bewerber, die als Einzelner und/oder Mitglied einer Bietergemeinschaft mehrere Bewerbungen einreichen oder am Tag der Bekanntmachung angestellte(r) oder freie(r) Mitarbeiter(in) eines Bieters/eines Mitglieds einer Bietergemeinschaft sind. Das gilt auch für Nachunternehmer.

Bewerber- und später Bieterfragen sind unter Bezugnahme auf das VgV-Verfahren (Bezeichnung s. unter II.1.1) umgehend, jedoch bis 7 Kalendertage vor Schlusstermin (s. unter IV.2.2) in der Vergabeplattform über die Plattform an die Adresse unter I.3) zu stellen. Die Beantwortung von Fragen, die später als 7 Kalendertage vor Schlusstermin eingehen, kann nicht garantiert werden. Die Beantwortung erfolgt (mit dazugehörigen Fragen) über die oben genannte Plattform an alle registrierten Bewerber.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Bitte den kostenfrei verfügbaren Bewerbungsformularen entnehmen.

III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Eignungskriterien gemäß Auftragsunterlagen

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Eignungskriterien gemäß Auftragsunterlagen

III.2) Bedingungen für den Auftrag

III.2.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Bitte den kostenfrei verfügbaren Bewerbungsformularen entnehmen.

III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:

Die Durchführung der Leistungen soll gem. §73 (3) VgV unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen erfolgen.

III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Beschreibung

IV.1.1) Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5) Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 21/05/2021

Ortszeit: 09:00

IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

Tag: 10/06/2021

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**

Laufzeit in Monaten: 6 (ab dem Schlussstermin für den Eingang der Angebote)

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

Die Zahlung erfolgt elektronisch

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Keine

Bekanntmachungs-ID: CXP4Y4VDTUN

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer beim Niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung, Regierungsvertretung Lüneburg

Postanschrift: Auf der Hude 2

Ort: Lüneburg

Postleitzahl: 21339

Land: Deutschland

Telefon: +49 4131-1334

Fax: +49 4131-152943

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Entsprechend der Regelungen in § 160 GWB:

Rechtsmittelbelehrung bei EU-weiter Vergabe:

a) Ein Unternehmen, das ein Interesse am Auftrag hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Abs. 6 GWB durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht, kann ein Nachprüfungsverfahren gemäß der §§ 160 ff. GWB bei der unter VI.4.1 genannten Stelle einleiten.

b) Der Antrag ist unzulässig, soweit:

— der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren vor Einreichendes Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat,

— Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

— Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Vergabebekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,

— mehr als 15 Tage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

c) Die Ausführungen zur Unzulässigkeit (vorstehend unter lit. b) gelten nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrages nach § 135 Abs. 1 Satz 2 GWB. § 134 Abs. 1 Satz 2 GWB bleibt unberührt.

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

20/04/2021